



## Presseinformation

Nr. 072/2007

Kiel, Mittwoch, 28. Februar 2007

Gesundheitsreform/Rechtsaufsicht

### Heiner Garg: „Strafaktion für Ärzte und Krankenkassen?“

Zu den heute bekannt gewordenen Schreiben des Kieler Gesundheitsministeriums und des Bundesgesundheitsministeriums sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Ganz offensichtlich versuchen das Kieler Gesundheitsministerium und das Bundesgesundheitsministerium mit der Hilfe von aufsichtsrechtlichen Überprüfungen, Kritiker der Gesundheitsreform zu bestrafen.

Anders ist die Aufforderung des Bundesgesundheitsministeriums an das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium eine Informationskampagne der Kassenärztlichen Vereinigung aufsichtsrechtlich zu überprüfen, nicht zu verstehen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung übertrumpft dieses mehr als fragwürdige Gebaren aber noch: Im vorausseilenden Gehorsam soll dies für alle öffentlich-rechtlichen Körperschaften, wie z.B. Kassenärztliche und Kassenzahnärztliche Vereinigung sowie Krankenkassen, gelten.

Ganz abgesehen davon, dass man im Kieler Gesundheitsministerium etwas eifrig begrüßt, was strikt abzulehnen ist, lässt dies nur den Schluss zu, dass so die Kritiker an der vermurksten Gesundheitsreform bestraft werden sollen.

Da wirft die Bundesgesundheitsministerin für bundesweite Anzeigenkampagnen zur Gesundheitsreform, in denen „für einen besseren Umgang“ mit dem Geld der Kassenpatienten geworben wird, das Geld der Steuerzahler zum Fenster raus – aber Kritikern soll unter Androhung von Sanktionen vergleichbares verboten werden.

Was für ein schiefes Demokratieverständnis“, so Garg abschließend.

**Wolfgang Kubicki, MdL**

*Vorsitzender*

**Dr. Heiner Garg, MdL**

*Stellvertretender Vorsitzender*

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**

*Parlamentarischer Geschäftsführer*

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de